

Wie geht es weiter beim Gas-Dampf-Kraftwerk Ebenthal?

Gegner und Befürworter des GDK kamen zur großen Diskussion nach Gurnitz - die WOCHEN war dabei, Chef vom Dienst Peter M. Kowal moderierte die Diskussion.

Diskutiert haben Ebenthals Bürgermeister Franz Felsberger (SPÖ), Landtagspräsident Jörg Freunschlag (BZÖ), Umweltlandesrat Reinhart Rohr (SPÖ), die Landtagsabgeordnete n Rolf Holub (Grüne) und Franz Schwager (FPÖ), Harald Tschabuschnig um Umweltamt des Landes Kärnten, Umweltrechtler Wolfgang List, Univ. Prof. Erich Mursch-Radlgruber Meteorologe der BoKu Wien, Maximilian Felsberger von der Bürgerinitiative Ebenthal und Hartwig Gallhuber von der Bürgerinitiative Hartwig Gallhuber. Moderiert hat Peter M. Kowal, Chef vom Dienst der KÄRNTNER WOCHEN.

WOCHEN: Wie weit ist die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für das Gaskraftwerk (GDK) an Klagenfurts Stadtgrenze?

Wolfgang List: Es ist ein Musterstück eines verunglückten UVP-Verfahrens in Bezug auf eine Anlage sagt, dass sie an einem ungeeigneten Standort entstehen soll und energiepolitisch absolut sinnlos ist. Ich kann mich erinnern: Am Karfreitag – symbolisch – dieses Jahres habe ich die Vertretung unter der Marktgemeinde Ebenthal übernommen und der erste Anruf in der Landesregierung hat bereits Ungutes verheißen. Wir haben uns nämlich erkundigt, ob ein Antrag nach dem UVP-Gesetz bereits vorliegt. Die Antwort war, es liegt kein Antrag vor. Wir sind dann am Karfreitag um ca. 10.30 Uhr in die Landesregierung gefahren, wollten Akteneinsicht und plötzlich gab es einen Antrag nach dem UVP-Gesetz. Allerdings wurde uns mitgeteilt, es gibt noch keine Umweltverträglichkeitserklärung. Man muss sich das Papier nur eine Sekunde anschauen, da steht dann unten drauf: Beilage Umweltverträglichkeitserklärung.

Im UVP-Gesetz ist vorgesehen, dass die Landesregierung sich einen Zeitplan zu machen hat. Der Antrag wurde im März gestellt, Ende September läuft die Entscheidungsfrist ab und es gibt noch immer keinen Zeitplan – zumindest haben wir ihn nicht bekommen. Warum verstehe ich nicht. Ein Letztes dazu: Der Gewerbegesetzgeber hat im Juni 2006 die Novelle zur Gewerbeordnung beschlossen, die Gewerbeordnung ist im UVP-Verfahren anzuführen als entscheidende Norm und da steht ganz klar drinnen, die Anlage darf nicht genehmigt werden, wenn bei Kurz- oder Langzeitwerten es zu relevanten Überschreitungen – man spricht eben hier von 3% bei Kurzzeitwerten oder 3% bei Langzeitwerten kommt. Wir haben nachgewiesen mit Hygieniker, dass die Überschreitungen weit über 7% hinausgehen und deswegen wäre aus unserer Sicht der Antrag ganz klar abzuweisen.

WOCHEN: Herr Bürgermeister Felsberger - Ihre Meinung zum Thema Umweltrecht?

Meine Meinung zum Umweltrecht werde ich kurz fassen. Ich habe mich schon geäußert in der Gemeindezeitung und überall. Ihr wisst die Meinung der Gemeinde Ebenthal. Es kann einfach nicht sein, dass es nur dieses Werk, in dieser Größe und an diesem Standort gibt. Das ist die Meinung der Gemeinde Ebenthal und dazu haben wir heute eben die Experten da, die Ihnen Rede und Antwort stehen werden, die jetzt das Ganze einbringen werden. Ich werde mich da nicht allzu sehr einbringen. Ich darf nur vielleicht noch eines klarstellen, wir haben natürlich auch Vertreter der Landeshauptstadt Klagenfurt eingeladen, Bürgermeister Scheucher hat abgesagt. Wir haben auch Vertreter vom Verbund eingeladen, die haben ebenfalls abgesagt. Da sieht man wie die Informationspolitik funktioniert zwischen Gemeinde Ebenthal, Betreiber und der Stadt Klagenfurt – katastrophal. Deshalb darf ich alle Klagenfurter recht herzlich in Ebenthal und in Gurnitz willkommen heißen, die sich uns anschließen, uns das Vertrauen schenken und mit uns gemeinsam gegen dieses Kraftwerk kämpfen, das einfach in diese Tal-Lage und in dieser Größe nicht hereinspasst.

WOCHEN: Herr Landtagsabgeordneter Holub, wie stehen Sie zum Kraftwerk?

Einen wunderschönen guten Abend von der grünen Seite. Von der grünen Seite muss ich sagen, wir haben dieses Projekt von Anfang an kritisch angesehen wegen 2 Dingen – es ist zu groß und es passt nicht ins Klagenfurter Becken. Beim Klagenfurter Becken ist ein Deckel drauf. Alles, was wir unten produzieren müssen wir dann monatelang einatmen. Sie brauchen sich nur vorstellen, das Kraftwerk ist 10 Mal so groß von der Leistung her wie das, was wir versuchen zu ersetzen, was es ja gar nicht ist, weil das Neue ein Stromkraftwerk ist und das andere ist eigentlich ein Wärmekraftwerk. Diese UVP ist nur negativ zu betrachten im Sinne der Gesundheit und da müssen

wir wirklich vernünftig sein, egal wie viel Geld da fließt – ich meine, der Strom ist ja nicht einmal für uns gedacht, wir haben ja genug Strom. Wir produzieren ja mehr als wir haben. Wir wollen den Strom verkaufen an Italien, dort ist er fast doppelt so teuer. Das sind ein paar 100 Millionen Gewinn oder Umsatz im Jahr, ein paar 100 Millionen Euro und deswegen ist es auch so wichtig. Da geht es nicht um unsere Gesundheit. Deswegen bitte Umweltverträglichkeitsprüfung negativ von der grünen Seite. Danke, ich hoffe ich bin kurz genug.

Franz Schwager:

Bezeichnend für mich ist, dass der Verbund keinen Vertreter geschickt hat und auch die Stadtgemeinde Klagenfurt. Ich sehe das als einen sehr unfreundlichen Akt und überhaupt die Vertreter der Stadtgemeinde Klagenfurt möchte ich auffordern im Konsens mit den Gemeindevertretern und dem Bürgermeister von Ebenthal aufzunehmen, weil das geht nicht anders. Man kann auch wenn man die größte Gemeinde Kärntens ist nicht über die Nachbargemeinden drüberfahren. Das ist die eine Feststellung von mir. Die zweite ist, Antrag auf Abweisung der Umweltverträglichkeitsprüfung, das können zwar nicht wir als politische Vertreter, aber wir können in diese Richtung hin arbeiten. Und ich sage auch dazu zu diesem Umweltrecht, das ist ein Gasdampfkraftwerk – ist eine veraltete Form der Energiegewinnung. Man soll doch schauen – und es gibt ja Beispiele – man muss halt hinfahren in Deutschland, aber auch in Güssingen habe ich jetzt gelesen, im unteren Burgenland gibt es auf modernste Art und Weise, wie man die Ressourcen, die vor uns vor der Haustüre wachsen, zum Einsatz bringt und ich plädiere doch an die Vertreter der Stadtgemeinde Klagenfurt, dass man doch versucht, eine Biomasse-Anlage zu machen, die ausreichend ist. Wir haben Verständnis dafür, dass ein 50 Jahre altes Wärmekraftwerk erneuert werden muss. Es geht nur im Konsens mit den Nachbargemeinden und man soll doch schauen, dass man erneuerbare Energie dabei verwendet.

WOCHE: Danke. Als nächster der Landtagspräsident Jörg Freunschlag.

Ich bin sprachlos über das vorgelegte Projekt. Wie ich mir das in den letzten Wochen näher angeschaut habe, habe ich nur noch den Kopf schütteln können. Es ist etwas, was ich nicht verstehe, nachdem wir jetzt jahrelang, jahrzehntelang eigentlich gescheit hätten werden müssen, dass man jetzt plötzlich so ein Projekt auf den Tisch legt und ich möchte sagen, es ist unverständlich, dass gegen besseres Wissens offensichtlich hier etwas versucht wird, was mit dem eigentlichen Zweck – nämlich die Wärmeversorgung Klagenfurts zu modernisieren, sie auch umweltfreundlicher zu machen, dass man diese Sache verwendet, um hier ein Megastromkraftwerk zu entwickeln, das in vielerlei Hinsicht meines Erachtens nicht zukunftsfähig ist. Ich sage, umweltschädlich, energiepolitisch sinnlos, klimamäßig undenkbar, Versorgungssicherheit gefährdet, Kosten unzumutbar und Projekt unverständlich und unverantwortlich. Das ist meine Analyse. Ich bin der Meinung, dass wir uns zusammen setzen sollten, vernünftige Leute, die die Zukunft im Auge haben und nicht die Geldtaschen von großen Monopolen im Hintergrund sehen.

WOCHE: Ich übergebe das Wort an Landesrat Rohr.

Reinhart Rohr: Als zuständiger Umweltreferent des Landes Kärnten und auch derjenige, der gesetzliche Begehren und Verfahren abzuwickeln und dafür gerade zu stehen hat, dass Anträge gesetzeskonform erledigt werden kann ich Ihnen eines garantieren jeder Punkt wird in der Umweltverträglichkeitsprüfung erörtert und zur Sprache kommen und entsprechend zu beurteilen sein und dann wird es am Ende eine Entscheidung geben, ob dieses Werk machbar, vertretbar ist oder ob dieses Werk gesundheitsgefährdend und daher nicht umsetzbar ist. Das ist das eine Thema.

Das zweite Thema, wenn man darüber redet, wie schaut es mit einer Alternativenenergie in Kärnten aus, so darf ich Ihnen berichten, dass wir in Kärnten 42% des gesamten Energieaufkommens bereits aus alternativen Energieträgern einspeisen. Und da denke ich, dass wir hier eine führende Position im Vergleich unter den anderen österreichischen Bundesländern haben, wo 23% der Energie aus Alternativenenergie kommt. Alle die, die für Biomasse-Kraftwerken plädieren, haben sich entweder verrechnet oder wissen nicht Bescheid, welche Logistik, welche Massenthematik, welche Belastungen auch in diesem Zusammenhang beispielsweise auf die Bevölkerung zukommen würde und daher sollten wir eine offene Diskussion pflegen und sollten auch darauf vertrauen, dass Gesetze, die in Österreich in Kraft sind, auch von den zuständigen Behörden und von der Politik mit größter Verantwortung eingehalten und wahrgenommen werden.

WOCHE: Vielen Dank Herr Landesrat. Als nächster am Wort ist Herr Harald

Tschabuschnig.

Harald Tschabuschnig: Guten Abend meine Damen und Herren von meiner Seite. Ich möchte zurückkommen zum Thema Umweltrecht und aus meiner Sicht ein paar Punkte dazu sagen. Ich kann Ihnen versichern und ich bin seit 20 Jahren in diesem Bereich tätig, dass Österreich die strengsten Umweltgesetze hat. Und nach diesen Umweltgesetzen werden alle Verfahren, die sich im Zusammenhang mit der Umwelt ergeben, abgehandelt. Das Wesentliche dieses Verfahrens ist, dass die Bürger, die Bürgerinitiativen, die Gemeinde, alle, die Interesse haben, in diesem Verfahren eine starke Position haben, ihre Anliegen vorbringen können, ihre Kritikpunkte vorbringen können und diese Punkte müssen alle im Verfahren berücksichtigt werden.

WOCHE: Vielen Dank. Als nächstes zum Thema Umweltrecht Dr. Gerd Oberfeld.

Gerd Oberfeld: Einen schönen guten Abend auch von meiner Seite. Als Mediziner brauche ich nicht viel zum Umweltrecht sagen, ich möchte darauf hinzuweisen, dass die Beurteilungswerte – also Grenzwerte – ab wann sozusagen die Luftqualität auffällig ist bzw. gesundheitsgefährdend ist, in Österreich ganz klar geregelt werde, nämlich über das Immissionsschutzgesetz Luft. Ganz wichtig in einem UVP-Verfahren ist auch, dass der Mediziner und die Behörde die Pflicht haben nach dem letzten Stand der medizinischen Wissenschaft sozusagen ein Projekt zu prüfen, unabhängig von gesetzlichen Grenzwerten. In dem Fall ist es so, dass für die Luftschadstoffe NO₂ und PM₁₀ die Grenzwerte auch dem Stand der medizinischen Wissenschaft entsprechen und somit unmittelbar und ohne Probleme anwendbar sind.

Etwas anderes ist es bei den sehr, sehr kleinen Stäuben, bei verbrennungsbedingten bzw. durch die Luftchemie entstandenen Partikeln, dieses PM₁, PM_{2,5} – da gibt es keine entsprechenden Regelungen in Österreich und da muss man schauen, ob sozusagen vergleichbare Empfehlungswerte oder Grenzwerte in anderen Teilen der Welt bestehen und die dann heranziehen. Einfach deswegen auch, weil gerade diese verbrennungsbedingten Partikel kleiner sind und daher eine höhere Giftigkeit – also eine höhere Toxizität haben und das muss man entsprechend berücksichtigen. Ich werde dann aber noch näher in meinem Teil darauf eingehen. Danke.

WOCHE: Jetzt hören wir die Meinung von Erich Mursch-Radlgruber, bitte.

Erich Mursch-Radlgruber Mein Fachgebiet ist Umweltmeteorologie, also ich habe doch sehr viel mit solchen Dingen zu tun und ich werde versuchen, Ihnen Dinge zu erklären, die Sie dargelegt haben und meine Sicht der Dinge hier vom Klagenfurter Becken und von den zu erwartenden Emissionen. Natürlich muss man die Methoden hinterfragen und das wird getan und es wurde schon angesprochen, dass Gutachter vorgesehen sind im gesamten UVE- und UVP- Prüfungsverfahren und von diesen Gutachtern – insbesondere vom Meteorologie- und Emissions-Gutachter sind schon ausführliche Nachforderungen vorhanden. So viel zuerst einmal, aber vielleicht nachher noch etwas detaillierter, wenn wir zu den Fragen kommen. Danke.

WOCHE: Vielen Dank – Noch die beiden Bürgerinitiativesprecher zum Thema Umweltrecht. Es beginnt Maximilian Felsberger.

Maximilian Felsberger: Wenn heute über ein UVP-Verfahren geredet wird, dann möchte man schon vorher etwas erwarten, dass eigentlich vorher darüber geredet wird, bevor eigentlich ein so ein Werk eingereicht wird und das ist da überhaupt nicht passiert. Es ist keine strategische Umweltprüfung gemacht worden, d.h. brauchen wir das, wo würde es hinpassen, diese Standortfrage hat in diesem Fall allein der Betreiber gemacht und der Betreiber hat natürlich den besten Standort gefunden in seinen Interessen – dort, wo es am billigsten ist, wo es am schnellsten ist und die Bevölkerung ist dabei komplett wurscht. Wir Bürger stellen uns vor, dass man vorher redet, es gibt in Kärnten ein Energiekonzept dass man dann schaut, wo ist der beste Standort und dann erst über die Größe. Da hat man das Pferd von hinten abgezäumt und das finde ich ist die große Schweinerei und die Frage stellt sich, warum? Ist da Geld dahinter, wer hat da persönliche Interessen, warum wird da über die Bürger hinweg gefahren?

WOCHE: Danke schön, Herr Felsberger. Und als nächster hat das Wort Hartwig Gallhuber.

Hartwig Gallhuber: Auf den ersten Blick scheinen die Argumente der Betreiber für dieses Kraftwerk durchaus nicht sehr abwegig. Wer will das nicht, Fernwärme für noch mehr Klagenfurter, Strom für die Kärntner Wirtschaft und viel Geld für die Stadtkassa – und nicht nur für die. Alles in

der Welt hat seinen Preis und diesen Preis zahlen wir mit unserer Umwelt.

WOCHE: Die Herren Tschabuschnig und List werden noch die Fragen des Publikums beantworten. Herr List bitte.

List: Es geht nicht um die Fernwärmeversorgung für Klagenfurt, es geht um 800 MW Stromzufluss. Sagen wir doch ganz klar: der Antrag ist am 29. März gestellt worden und es ist bis jetzt noch nichts unternommen worden. Die Behörde hat ca. 9 Monate Zeit, über den Antrag zu entscheiden. Wenn Sie mit mir rechnen, 29. März plus 9 Monate = der 29. Dezember. Im normalen UVP-Verfahren läuft die Frist bereits nach 6 Monaten ab und bei einem größeren kommen noch 3 Monate dazu. Aber was ist bis jetzt, dem 29. September, nach 6 Monaten passiert? Es hat noch nicht einmal die Vorprüfung stattgefunden, in Bezug auf die Gesundheitsgefährdung, es hat noch keine Zeitplanung stattgefunden - die Behörde muss diese Maßnahmen aber setzen! Wenn nicht, werden wir am 29. Dezember einen Devolutionsantrag stellen. Welche Möglichkeit haben wir bislang gehabt, wenn die Behörde normalerweise 6 Monate, in diesem Falle sogar 9 Monate Zeit hat? Dann werden wir den Devolutionsantrag stellen und dann wird der Umweltsenat entscheiden, ob unsere Anträge auf Gesundheitsgefährdung begründet oder nicht begründet sind. **Zum Thema Feinstaub: es gibt auch EU-Richtlinien des Gesundheitsschutzes in Bezug auf Feinstaub und in Bezug auf NOX. Wenn das nicht ordnungsgemäß umgesetzt worden ist, verpflichtet das allein zur Abweisung!**

WOCHE: Herr Tschabuschnig noch bitte.

Tschabuschnig: Sie brauchen sich keine Sorgen um meine Arbeit zu machen: Ich bin Leiter der Umweltautorität des Landes, Sie können sich vorstellen, dass ich genug Arbeit habe. Zum Thema Feinstaubverordnung Klagenfurt: Sie wissen vielleicht, dass für den Großraum Klagenfurt in den letzten Jahren in Zusammenhang mit Feinstaub sehr viel unternommen worden ist. Es sind Maßnahmen gesetzt worden, wir haben gemeinsam mit der Stadt Klagenfurt ein Modell erstellt, indem festgelegt worden ist, wo die Feinstaubbelastungen stattfinden. Dieses Modell und die Ergebnisse davon wurden als Grundlage für die Änderung der Feinstaub-Verordnung des Bundesministers nach Wien geschickt und offensichtlich waren die Fakten so überzeugend, dass der Umweltminister diese Änderung vorgenommen hat.

WOCHE: Danke. Herr Freunschlag bitte.

Freunschlag: Es sind Fragen aufgetaucht zu den internationalen und nationalen Verpflichtungen. Es gibt das Kyoto-Programm, ein Protokoll, das uns alle weltweit verpflichtet, Maßnahmen zu treffen. Wir in Europa haben das EU-Weißbuch und die Richtlinien, die wir einhalten sollten. Wir fahren seit 10 Jahren in die falsche Richtung – wir steigern ständig die Werte anstatt sie zu senken. Und genau hier muss ein Umdenken stattfinden. Wir sollten es den Großen nicht so leicht machen! Sie wissen, wie es auch anders gehen würde - das ist natürlich aufwändiger. Deshalb finde ich, dass es schade ist, um das Geld für dieses Verfahren, schade um die Zeit. Nachdem, was ich heute hier gehört habe, ist es abzuweisen! Wenn sie in einem halben Jahr nicht schaffen, ein korrektes Projekt auf den Tisch zu bringen, dann ist das Projekt für die Fisch und man kann es ohnehin nicht ernsthaft annehmen. **Ich sage eines: wir steigern den jetzigen CO2-Ausstoß in Kärnten um 20%, um ein Fünftel wird in Kärnten mehr CO2 erzeugt. Wir stoßen 1 (!) Million Tonnen mehr aus. Wir stoßen 5 bis 6 Mal so viel Wärme in die Luft, verpuffen sie, weil wir nur auf den Strom „geil“ sind. 40% der eingesetzten Energie verpufft! Mein Alternativprojekt habe ich vorgestellt: Wir müssten ca. 100.000 Festmeter Holz verwenden, das sind ca. 15 bis 20 LKWs pro Tag in 200 Arbeitstagen. Wir haben so viel Holz im Wald, wir brauchen es ja nur holen! Dann machen wir uns nicht abhängig von politischen Situationen. Dann haben wir Versorgungssicherheit und eine saubere Luft, was wollen wir mehr? Weg mit dem Projekt!**

WOCHE: Den Themenblock „Umweltrecht“ schließen wir mit Herrn Felsberger ab.

Felsberger Max: Herr Bürgermeister Scheucher hat selbst in seinem Artikel Stadträtin Mathiaschitz beschuldigt, nur eine einzige Feinstaub-Messstelle in Klagenfurt aufgestellt zu haben, wodurch die gesamte Stadt zur Feinstaubhauptstadt erhoben worden ist. Gott sei Dank hat er das wegen dieser einen Messstelle wieder reduzieren können. Maßnahmen sind da keine getroffen worden. Ich fordere jetzt ganz offiziell, den Umweltreferenten Landesrat Rohr und seine Beamten auf, diesen Missständen endlich Einhalt zu gebieten und die Umweltbehörde in den Griff zu bekommen!

WOCHE: Herr Tschabuschnig, bitte kurz.

Tschabuschnig: Ich muss das korrigieren: Die Modellierung Klagenfurt wurde zu Beginn komplett als Gebiet in die Verordnung genommen. Es gibt ein komplexes Modell dazu, wo nachvollziehbar ist, dass bestimmte Bereiche in Klagenfurt nicht belastet sind, daher die Herausnahme.

WOCHE: Zum 2. Schwerpunktthema: Meteorologie, Luft und Klima. Herr Bürgermeister Felsberger, welche Gedanken kommen Ihnen dabei?

Felsberger: Mir als Gurnitzer kommen da einige Gedanken, weil ich in diesem leidigen Bereich hier wohne, wo wir sehr viel Nebel haben. Und wenn man hernimmt, dass unsere Experten bestätigen, dass sich diese Nebeltage verdoppeln werden, dann muss ich sagen, habe ich größte Probleme. Ich habe vor 15 Jahren neu gebaut und da sitzen viele heute da, die sich in Sekirn angesiedelt haben, in Gurnitz, usw., die dann betroffen sein werden. Und das ist sicher eine gewaltige Minderung der Lebensqualität, der Gesundheit und einfach des ganzen Gebietes. Deswegen bin ich froh, dass heute die Politik da ist und Rede und Antwort steht.

WOCHE: Danke, Herr Bürgermeister. Ehe wir mit Herrn Holub weitermachen, darf ich das Mikrofon dem Experten Mursch-Radlgruber übergeben.

Mursch-Radlgruber: Es gibt so viel zur Meteorologie in Klagenfurt zu sagen. Ich weiß nicht, ob ich wirklich der Berufene bin, weil ich selbst nur kurz hier objektive Beobachtungen machen konnte. Jeder weiß, dass aus der Sicht der Meteorologie Klagenfurt ein kritischer Bereich ist. Es ist auch im Klimagutachten ausgewiesen, dass sehr viele Inversionen hier auftreten. Es ist leider nicht ausgewiesen, dass viele dieser Inversionen sich auch im Winter auflösen, aber leider nur in Bodennähe und dadurch die berühmte Decke entsteht, die sehr wohl dazu beitragen kann, dass noch größere kurzzeitige Emissionen auftreten können -- wie im Gutachten abgeschätzt. Kurz zusammengefasst ist hier zu sagen, dass die vorgelegten Gutachten kurz und bündig und nicht wirklich schlüssig nachvollziehbar sind. Daher muss man fordern, dass wesentlich detailliertere Darstellungen gemacht werden, besonders die Auswirkung der komplexen klimatologischen Strukturen auf die zu erwartenden Emissionen. Eines ist ganz sicher: die Unterlagen sind im Umfang nicht ausreichend und die Schlüsse daraus nicht nachvollziehbar. Daher ist alles nachzuarbeiten!

WOCHE: Danke. Herr Holub, Was sagen die Grünen zu Meteorologie, Luft, Klima?

Holub: Ich würde sagen, dass Industrieschnee ein ganz wichtiger Punkt bei dieser Geschichte ist. In Linz haben wir Industrieschnee und dieses Kraftwerk stoßt das Doppelte aus vom Linzer Voest Kraftwerk, d.h. wir haben jetzt im Jahre 2005 109 Nebeltage gehabt. Wenn sich das verdoppelt, werden wir bald den Himmel nicht mehr sehen, weil wir in Ebenthal 500 Tonnen Wasserdampf pro Stunde produzieren. Das ist genau die Menge, die gerade in Arnoldstein eingespart wurde! Das ist die Menge, die bei uns in die Luft gehen würde. Man kann vorstellen, was dieser Industrieschnee bewirkt: Wir haben 1 bis 2 Monate länger Winter, wir haben Flugzeuge, die nicht mehr landen können, weil die Scheiben vereist werden... Das gilt auch für die Volkswirtschaft, aber über das macht sich niemand Gedanken, weil die gesamten Auswirkungen nicht erforscht sind. Es gibt keine Studien dazu und man nimmt sich auch nicht die Zeit dazu, diese Studien zu machen. Zu Klagenfurt: wenn die Feinstaubsituation wirklich besser geworden wäre, warum haben wir jedes Jahr um die 10 bis 12 Tage mehr Feinstaubüberschreitungen, so wie heuer, da haben wir schon 61 Tage gehabt!? In Wirklichkeit ist Bürgermeister Scheucher zum Umweltminister Pröll gefahren, wie damals beim EM-Fußballstadion, und hat gesagt: Ich möchte da keine UVP haben und so wurde einfach das Gesetz geändert. Scheucher sagt einfach: Pröll, ändere das Gesetz. Und das ist die Gemeinheit, dass das Gesetz so geändert wird, wie es gebraucht wird!

WOCHE: Vielen Dank. Herr Schwager bitte.

Schwager: Herr Holub hat mir das bereits vorweg genommen. Sie alle wissen wie ich, ihr wohnt in einer wunderschönen Gegend. Es gibt ein gutes mediterranes Klima im Klagenfurter Becken, das aber den Nachteil hat, zu Emissionen zu neigen. Und in diesem Sinne ist so was natürlich abzulehnen, das haben wir schon alle gesagt. Präsident Freunschlag hat angeführt, dass 100.000 Festmeter Holz notwendig für ein größeres Biomassewerk irgendwo in Klagenfurt notwendig wären. Das ist nicht viel, das sind 10% von dem, was jährlich in Kärnten ungenutzt an Holz nachwächst. Ich bin auch der Meinung, dass wir das verbrauchen sollten, was vor unserer Haustür wächst!

WOCHE: Herr Landesrat Rohr bitte.

Rohr: Wenn man in Klagenfurt davon ausgeht, dass wir den Anschluss der Fernwärme auf 20 bis 25% erhöhen wollen, dann steigern sich die anfallenden Mengen. Dann geht mit 100.000 Festmeter Holz nichts mehr, dann brauchen wir nämlich 200.000 Festmeter und mehr. Würden die Ebenthaler vor der Haustüre gerne 200.000 Festmeter Holz verarbeitet bekommen wollen? Das verstehe ich nicht ganz. Das Holz wird man irgendwo bearbeiten und anliefern müssen. Die Logistik ist ein Thema, auch die Lagerung. Wenn wir in der Kraftwerks-Dimension in Klagenfurt ausschließlich Biomasse nehmen, dann kann ich das neue Fußballstadion 10 Meter hoch mit Hackgut zuschütten, damit eine 14-tägige Versorgungssicherheit erreicht wird. Auch über die Geruchsbelästigung und die Gefahren, wie z.B. Brandgefahr, muss man reden. Ich bin der Meinung, dass wir eine neue Fernwärme brauchen und dass wir auch über eine entsprechende Grundlastabdeckung über Biomasse vernünftig reden sollten, die Auswirkungen auf die Luft usw. – das wird auch im UVP-Verfahren geprüft. Wir haben bis jetzt 2 Gutachten am Tisch liegen, die von Herrn List eingebracht worden sind. 22 Sachverständige sind gerade dabei, die Gesamthematik entsprechend abzuarbeiten. Ob es am Ende dann einen positiven oder negativen Bescheid gibt, kann ich nicht sagen. Nur eines kann ich garantieren: es wird jeder Einwand entsprechend mitbehandelt.

WOCHE: Danke. Herr Freunschlag bitte.

Freunschlag: Wir müssen uns trauen, das, was wir reden auch umzusetzen! Die Totschlagargumente nützen nichts, Geruchsbelästigung und ein paar LKWs auf und ab. Ich habe mir die Mühe gemacht, eine Konzeption mit Fachleuten zu erarbeiten, die nicht von 200.000 Festmetern ausgehen, sondern von 2 kleinen Wärmeeinheiten: von 225 MB für die Grundlastwärme, da braucht man 100.000 Festmeter. Wir sind auch der Meinung, dass es für die Spitzenlastabdeckung ein kleines, aber feines Gaskraftwerk geben soll. Man hat dann eine Reserve, falls irgendwo etwas passiert. Das ist dann nur noch ein Zehntel von dem geplanten Kraftwerk - das sind menschliche Dimensionen, die beherrschbar sind und uns die Sicherheit in mehrere Richtungen geben – klimatisch, wirtschaftlich, preislich, usw. Wir haben also auch ernsthafte Alternativen, die wir in Ruhe diskutieren sollten und mit diesem Megakraftwerksprojekt sollten wir uns gar nicht mehr weiter auseinandersetzen!

WOCHE: Danke. Herr Tschabuschnig, bitte.

Tschabuschnig: Zu den Themen Meteorologie, Luft und Klima muss ich Dr. Mursch ausdrücklich unterstützen. Gerade die Gutachten in diesen Bereichen sind nicht schlüssig, nicht nachvollziehbar und müssen ergänzt werden. Ich darf nur darauf hinweisen, dass unsere Sachverständigen auf 17 Seiten diese Dinge alle nachgefordert haben. Es ist nachzubessern.

WOCHE: Danke schön.

Oberfeld: Aus medizinischer Sicht ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Frage des Klimas ganz entscheidend auch für die Ausbreitung und damit für die Konzentration von Schadstoffen ist. Hier sind Stickstoffdioxid, ein Zellgift, das insbesondere die Atemwege betrifft, und Feinstaub, kleine Partikel, die nicht nur Auswirkungen auf die Atemwege haben, sondern auch auf das Herz-Kreislaufsystem. Mir ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass diese Schadstoffe in den letzten 10 Jahren ganz massiv an Gewicht bekommen haben, nämlich in der Einschätzung, dass sie sehr, sehr kritisch sind. Das erkennt man auch daran, dass die Grenzwerte in den nächsten Jahren sukzessive herabgesenkt werden, und zwar dort, wo wir alle wissen, dass wir Probleme haben. Wir müssen uns vermehrt anstrengen, die nicht optimale Luftqualität deutlich zu verbessern. Es geht nicht um ein bisschen Husten, sondern um deutlich ernstere Erkrankungen. Und wenn ein Gebiet eine dementsprechende Vorbelastung hat und jährlich Grenzwertverletzungen bei den beiden Schadstoffen aufzuweisen hat, umso mehr muss man vorsichtig sein, wenn man etwas Neues macht, das nicht nur über ein Jahr betrieben werden soll, sondern über viele Jahrzehnte. Dass man hier nicht etwas beginnt, wo man jetzt eigentlich schon sagen kann, dass es der falsche Weg ist.

WOCHE: Herr List bitte.

List: Wir haben bei NOx, was das alte Kraftwerk betrifft, insgesamt 243.580 Schadstoffe in Kilogramm. Was das geplante neue Kraftwerk betrifft 387.000! Das heißt also, dass das Argument, dass es mit dem Neuen besser wird, falsch ist. Mit dem Neuen wird es schlechter! Wir haben fast

um 100.000 oder mehr Emissionen in Kilogramm mehr. Auch beim Feinstaub ist die Situation ähnlich. Wir haben beim alten Fernheizkraftwerk 4.920 in Kilogramm und wir haben beim neuen Kraftwerk 19.200 in Kilogramm als Mittelwert pro Jahr. Sowohl bei NOX als auch bei Feinstaub wird es durch dieses neue Gaskraftwerk nicht zu einer Verbesserung kommen, sondern eindeutig zu einer Verschlechterung. Diese Berechnungen, die wir haben, haben wir von diversen Sachverständigen nachrechnen lassen. Wir werden selbstverständlich auch dieses Papier der Landesregierung übergeben, das endlich einmal mit der Argumentation aufgehört wird, dass es mit dem Neuen besser wird – mit dem Neuen wird es schlechter!

WOCHE: Vielen Dank. Herr Felsberger bitte.

Felsberger Max: Ich halte es für einen Unsinn, heute über ein Ding zu diskutieren, das von wissenschaftlicher Seite keinen Platz und keine Berechtigung hat. Wir diskutieren heute über Möglichkeiten, ob es machbar ist oder nicht. Wenn ich heute hinaus schaue und in Klagenfurt oder Ebenthal lebe, sehe ich, dass der Nebel und der Feinstaub auf Grund der Beckenlage keine Grenzen hat – das gesamte Becken ist von der Umweltbelastung betroffen. Und deshalb bin ich wirklich sprachlos, weil trotzdem ein langwieriges Verfahren durchgeführt wird, um ein Unding zu prüfen, das rechtlich eigentlich gar nicht machbar ist! Man sollte endlich eine Lösung in Klagenfurt herbeiführen, sprich das desolate Fernheizwerk entweder sanieren oder – wie mein Vorredner bereits gesagt hat – durch ein neuartiges, kleines, aber feines Fernheizwerk zu ersetzen und nicht einen „Stromerzeugungsriesen“ herstellen! Stromerzeugung hat im Klagenfurter Becken keinen Platz und genau um das geht es ja: da ist Geld dahinter und das ist eine Grundsatzdiskussion: Geld gegen Gesundheit. Ich fordere Sie auf, das wirklich noch einmal zu überprüfen! Es gibt sicher bessere Standorte und vernünftigeren Lösungen und da werden wir Ebenthaler auch sicher darüber reden und den schwarzen Peter nicht weiter schieben.

WOCHE: Danke, Herr Gallhuber.

Gallhuber: Ich möchte mich Herrn Felsberger anschließen.

WOCHE: Der 2. Themenblock ist somit abgeschlossen und wir kommen nun zum 3. Schwerpunktthema, der Gesundheit. Herr Dr. Oberfeld, die Leute sorgen sich um die Umwelt, aber noch viel mehr um ihre Gesundheit: sind diese Sorgen berechtigt?

Oberfeld: Zusatzbelastungen dürfen nicht über einen gewissen Schwellenwert gehen und die Analysen der Daten in der UVE haben gezeigt, dass möglicherweise die Schadstoffbelastungen höher sind als vom Verbund bzw. in der UVE angegeben. Das heißt, man liegt für den Jahresmittelwert bei Stickstoffdioxid eindeutig „drüber“. Warum die UVE trotzdem zu dem Schluss kommt, dass das sozusagen „halb so schlimm“ ist, hat damit zu tun, wie man etwas berechnet. Wenn ich eine Vorbelastung von einer gewissen Höhe habe und ich habe eine Zusatzbelastung, die dazu kommt, dann wird das üblicherweise addiert. In diesem Fall hat man eine spezielle Rechenhilfe angewandt, indem man das vorher quadriert und dann die Wurzel zieht. Das führt dazu, dass der kleinere Anteil dann unterschätzt wird und eine Erhöhung erst bei relativ großen Prozentsätzen herauskommt. Man müsste also sozusagen doppelt so viel oder zumindest die Hälfte des Grenzwertes haben, damit das überhaupt eine Relevanz hat. Diese Vorgangsweise ist schlichtweg unschlüssig und methodisch auch nicht heranzuziehen. Es gibt also auch eine ganz einfache Erklärung dafür, warum die Umweltverträglichkeitserklärung etwa für diese Frage der Zusatzbelastung zu einem positiven Ergebnis kommt: nämlich durch die Heranziehung dieser quadratischen Addition. Nachdem die Themen Luft und Gesundheit sehr, sehr ernste sind, ist grundsätzlich zu sagen, dass die Vorerhebungen auch entsprechend tiefgründig sein müssen. Der Mediziner braucht natürlich die Daten, um dann auf entsprechend belastbaren Zahlen sein Gutachten abgeben zu können. Rein auf Grund der eigenen Zahlen in der UVE kommt man ganz klar zum Schluss, dass das Kraftwerk aus umweltmedizinischer Sicht, so wie es derzeit vorliegt, einfach nicht verträglich ist. Wenn die Methoden sozusagen „verfeinert“ werden und es nachgearbeitet wird, ist davon auszugehen, dass das Urteil noch schlechter ausfallen könnte.

WOCHE: Danke. Thema Gesundheit: Herr Bürgermeister, bitte.

Felsberger: Ich kann mich nur Dr. Oberfeld anschließen, der das Gutachten für die Gemeinde erstellt hat. Für mich stellt sich trotzdem noch immer die Frage, warum werden unsere beiden Gutachten, was Luft, Klima und Gesundheit betrifft, nicht vorrangig behandelt? Dann müssten nicht 22 Gutachten nach- und ausbessern, bis alles passt. Wir würden uns viel Geld ersparen, welches

wir alle zahlen! Und das sehe ich nicht ein! Da gehört massiver Druck ausgeübt, aber es traut sich keiner, diese Entscheidung zu treffen und unsere beiden Gutachten zu berücksichtigen. Wenn das nämlich alles stimmt, ist das Werk in dieser Größe ad acta zu legen. **Uns muss eines klar sein: wir reden von einer großen Dampfwolke, die sich auf rund 80 Quadratkilometer verteilen wird! Im ganzen Klagenfurter Becken, von Krumpendorf bis Grafenstein und Gallizien – alle werden betroffen sein. Es wäre schön, wenn man diese Dampfwolke einfärben könnte, dann würde jeder sehen, was da über uns schwebt – ich möchte sie nicht haben!**

WOCHE: Herr Holub bitte.

Holub: Wir haben in Klagenfurt auch ohne das neue Kraftwerk unwahrscheinliche Probleme. Wir hatten am 27.1.2006 den **höchsten Feinstaubwert seit Messungen.** Wir haben seit ca. 2 Jahren die höchsten **NOX-Werte, d.h. die Entwicklung geht eigentlich ganz nach oben.** Die Menschen in Klagenfurt werden durchschnittlich um 1 bis 2 Jahre weniger alt, als Menschen mit „normalen Politikern“. Das heißt, es werden uns 200.000 Lebensjahre geklaut! Das heißt, ich brauche dieses Kraftwerk gar nicht, um Umweltprobleme in Klagenfurt zu haben. Wir lassen uns das sicherlich nicht gefallen, dass wir weniger gesund sind, nur weil Menschen nicht fähig sind, darüber nachzudenken. Unser Bürgermeister hat wirklich gesagt: Warum hat Villach keinen Feinstaub und Klagenfurt schon!? Alle Menschen in diesem Raum haben sich ein bisschen gescheit gemacht – das sollte auch für Politiker gelten!

WOCHE: Herr Schwager, Ihre Meinung bitte.

Schwager: Meine Meinung ist wieder ähnlich wie die des Kollegen Holub. Es hat Klagenfurt ohnehin schon riesige Feinstaubprobleme, dazu muss ich eine Geschichte erzählen: Kürzlich habe ich bei einer Versicherung in Klagenfurt zu tun gehabt und bin in den 12. Stock hinauf gefahren, wo ich zum Direktor gesagt habe: „Da oben hast du keinen Feinstaub“. Daraufhin sagte er, dass er das Wort schon nicht mehr hören kann. So kann man auch verdrängen, aber es nützt wohl nichts. Selbstverständlich schließ ich mich der Meinung an, **dass ein zusätzliches Gaskraftwerk dieser Dimension mit einem „Zirka-Ausstoß“ von 20 Tonnen Feinstaub jährlich nur eine Verschlechterung bringen kann!**

WOCHE: Herr Freunschlag bitte.

Freunschlag: Ich möchte das, was der Herr Bürgermeister gesagt hat, ganz dick unterstreichen. **Wenn Luft-, Klima- und Gesundheitsgutachten vorrangig zu behandeln sind und dort Zweifel aufkommen, dann ist das Projekt ad acta zu legen.** Man soll sich um ein gescheitertes Projekt kümmern! Das ist vielleicht ein bisschen schwieriger, weil man sich anstrengen muss und wahrscheinlich auch nicht so viel Gewinn hat. **Eines wissen wir ja: die Verbundgruppe möchte ein Megakraftwerk errichten. Ich habe so den Verdacht, dass dieses Kraftwerk die Morgengabe an die Braut beim Kauf der Stadtwerke war. Nicht auf dem Rücken der Bürger und nicht auf dem Rücken der Gesundheit der Menschen darf so etwas geschehen. Deshalb fordere ich, die Luft-, Klima- und Gesundheitsgutachten sofort zu behandeln!**

WOCHE: Herr Landesrat Rohr bitte.

Rohr: Ich würde es nicht wagen, mich hinter die Behauptung zu stellen, weil in Klagenfurt die Luft so viel schlechter ist, sterben die Klagenfurter um 2 Jahre früher. Das hat wirklich eine Bösartigkeit und Polemik, die – auch wenn sie von einem Kabarettisten kommt – so nicht im Raum stehen gelassen werden kann. Unumstritten ist, dass wir in Klagenfurt ein Feinstaubproblem haben, unumstritten ist auch, dass wir dieses Problem entsprechend zu bearbeiten haben, weil es letztlich natürlich auch um die Gesundheit der Menschen geht. Faktum ist aber auch, dass die wesentlichen Verursacher der Verkehr und der Hausbrand sind – das zeigen auch die Studien, die wir gemacht haben. Auch die Modellierungen, die von Herrn Tschabuschnig durchgeführt wurden, haben wir gemacht, um letztlich ganz gezielt mit Maßnahmen dem Problem zu Leibe rücken zu können. Feinstaub ist nicht etwas, das irgendwie abstellbar ist, so wie man einen Lichtschalter ausdreht. Da muss man die Ursachen kennen, um dann entsprechende Maßnahmen dagegen zu entwickeln. Ich denke, dass das ein ganz wichtiges Thema ist, das auch in der Gesundheitsfrage entsprechend zu berücksichtigen ist. Natürlich hat man alle Fakten zu prüfen. Und in der Umweltverträglichkeitserklärung gibt es dieses Versprechen, dass das alles geprüft wird. Wenn da gesundheitsgefährdende Maßnahmen oder gesundheitsgefährdende Potentiale herauskommen, dann gibt es keinen positiven Bescheid. Ich kann einen Antrag ja nicht einfach „abwürgen“, weil

irgendjemand sagt, in Klagenfurt sterben die Leute 2 Jahre früher als im Rest von Kärnten. Eine solche Diskussion auf so eine Ebene zu bringen, halte ich wirklich für fahrlässig. Da sollte man wirklich versuchen, auf der sachlichen Ebene zu bleiben. Wenn es gefährdend ist, dann gibt es keinen positiven Bescheid – die Garantie gibt es 100%ig!

Tschabuschnig: Ich möchte wieder zum Thema Umweltmedizin im Verfahren zurückkommen. Aus unserer Sicht ist es das wichtigste Thema überhaupt: **es betrifft die Belastungen durch Luftschadstoffe, Lärm usw.** Unser Umweltgutachter hat dazu erklärt, dass die derzeitigen Grundlagen, die schon bestätigt wurden, nicht ausreichend sind, um eine Beurteilung durchzuführen. Daher sind dringende Verbesserungen durchzuführen. Ich kann Ihnen versprechen, dass wir einen Experten auf diesem Bereich als Gutachter einsetzen werden, der insbesondere im **Bereich Feinstaub und NOX mit Sicherheit DER Experte in Österreich ist. Das** Versprechen können **wir Ihnen geben!** Die 22 Gutachter – und da möchte ich den Herrn Bürgermeister korrigieren – arbeiten derzeit noch nicht an diesem Projekt, da es derzeit nicht zu bearbeiten ist – der Antragsteller ist am Werk. Die Beamten machen zur Zeit ganz andere Dinge – das möchte ich festhalten. Zur theoretischen Lektion: Sie haben natürlich Recht. Wir haben in Arnoldstein das Beispiel genauso gehabt. Wir haben die theoretische Reduktion durch die Fernwärme berechnet. Ich kann Ihnen nur sagen, dass es sich hinterher bei den Messungen auch bestätigt hat, nämlich sowohl optisch als auch bei den Messstellen, d.h. diese Substitution ist klarerweise zu berechnen. Aber letztendlich wird die Umsetzung funktionieren und in Arnoldstein hat es funktioniert.

WOCHE: Herr Dr. List bitte.

List: Ich verstehe die ganze Diskussion nicht mehr. Es ist doch ganz einfach: **es gibt ein Projekt und es steht ganz klar drinnen, was rauskommt. Und da ist festzuhalten, dass aus dem geplanten Werk mehr rauskommt, als derzeit aus dem alten Werk rauskommt – Punkt 1. Punkt 2: Die meteorologische Situation in Klagenfurt ist der Landesregierung bekannt!** Es gibt Messungen an vorgegebenen Stellen, wie beispielsweise in der Völkermarkterstraße, aber es gibt auch diverse andere Messungen. Man hat jahrelang in Klagenfurt gemessen. Was soll man mit dem Projekt da also noch weiter diskutieren?! Wir haben die Emissionen, die aus dem Werk laut Projekt rausgehen und NUR DAS ist zu beurteilen. Wir wissen viel über die Emissionssituation und jetzt müssen wir nichts anderes machen, als einen Meteorologen und einen Mediziner zu fragen: stimmt das, was die Ebenthaler vorgelegt haben oder stimmt das nicht? Ich weiß nicht, was es da zu verbessern oder heruzudiskutieren gibt!?

WOCHE: Danke. Herr Dr. Oberfeld bitte.

Oberfeld: Ich möchte noch kurz auf den Diskurs mit den Aussagen zur Lebenszeitverkürzung in Klagenfurt eingehen. Es ist tatsächlich so, und das ist ja auch der Grund, wieso sich die Forschung so intensiv damit beschäftigt und auch die Gesetzgebung relativ rasch reagiert hat, dass ganz **ernste Gesundheitsfolgen eintreten können – insbesondere durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen und auch Atemwegserkrankungen, die mit einem Lebenszeitverlust einhergehen. Ich war selbst Teil der Arbeitsgruppe, wo wir gemeinsam mit dem Umweltministerium und den Schweizern und Franzosen diese Frage behandelt und wissenschaftlich eindeutig belegt haben. Es handelt sich im Schnitt um mehrere Monate. Was ich Ihnen hier sage, ist nichts Neues, das können sie auch auf jeder Homepage von entsprechenden Organisationen nachlesen, die sich mit dieser Frage beschäftigen. Ich will verdeutlichen, dass es um ernste gesundheitliche Folgen geht, die eben insbesondere durch Partikel und Stickoxide ausgelöst werden.**

WOCHE: Vielen Dank. Herr Felsberger bitte.

Felsberger Max: Ich möchte dazu auch etwas sagen. Wir haben vergangenen Samstag in der Stadt Klagenfurt mit den Bürgerinitiativen von Klagenfurt einen Informationsstand betrieben. Der Primarius der Lungenabteilung vom LKH Klagenfurt ist mit seiner Familie vorbeigekommen und hat bei unserer Bürgerinitiative unterschrieben. **Ich sage hier jetzt seine Worte: „Es ist erschreckend, wie die Lungenkranken in letzter Zeit zugenommen haben.“ Ich habe als Bürger keine Werte daheim, ich habe keine Messtabellen und weiß auch nicht, wann ich – wie in Tokio – eine Maske aufsetzen sollte und wann nicht. Wir haben jetzt noch eine einigermaßen gute Lebensqualität und die wollen wir uns nicht wegnehmen lassen!**

WOCHE: Herr Freunschlag bitte.

Freunschlag: Was wollen wir denn überhaupt? Wollen wir ein Stromkraftwerk mit riesigen

Ausmaßen oder wollen wir eine optimale Wärmeversorgung für Klagenfurt? Machen wir ein optimales Projekt – es gibt Vorschläge, die am Tisch liegen, das sind nicht irgendwelche Traumgeschichten. Und eines noch: in den letzten 24 Monaten ist der Gaspreis um 92% gestiegen. So wie wir vor 10 Jahren dagegen waren, dass überallhin eine Gasleitung gebaut wird – machen wir doch etwas, was kostengünstiger ist, holen wir uns eine Alternative, die Biomasse – das ist etwas Sinnhaftes, Nachhaltiges und Gesundes!

WOCHE: Herr Tschabuschnig bitte.

Tschabuschnig: Natürlich arbeiten die Sachverständigen des Landes derzeit nicht, weil das Projekt derzeit nicht schlüssig, nicht vollständig und nicht beurteilungsfähig ist. Man wird sehen, wie das Projekt dann letztendlich, wenn es vollständig und beurteilungsfähig ist, am Tisch liegt – das ist die derzeitige Situation.

WOCHE: Herr List bitte.

List: Wenn das Projekt nicht beurteilungsfähig ist, wenn es also ein Nichtprojekt ist, dann ist ganz klar: der Antrag ist wegen Unschlüssigkeit zurückzuweisen!

WOCHE: Die Bürgerinitiativen sind jetzt am Wort.

Felsberger Max: Herr Landesrat, eine erste Frage an dich: Hast du unsere Gutachten, die eigentlich das K.O.-Kriterium für dieses Verfahren darstellen, persönlich durchgelesen, hast du dir das angeschaut oder haben das nur noch die Beamten unter Verschluss in der Schreibtischlade? Zum Zweiten: ich verstehe, dass wir Strom und Fernwärme brauchen, aber bevor man etwas baut und da fordere ich dich auf, eine politische Richtungsentscheidung zu treffen. Wir Bürger erwarten uns von der Politik, dass sie Richtungen vorgibt und sagt, wo hin wir wollen. Das passt sicherlich in dein Energiekonzept hinein, was in ein paar Monaten oder in einem Jahr vielleicht beschlossen wird. Dann haben wir den „Krempel“ dort stehen, aber dein Projekt kommt zu spät. Ich ersuche dich, ein paar wild gewordene Politiker von Klagenfurt einzubremsen, und mit dem gesundheitlichen Wohlbefinden der Bürger vom Klagenfurter Becken nicht Schindluder treiben zu lassen!

WOCHE: Danke Herr Felsberger, Herr Gallhuber bitte.

Gallhuber: Herr Landesrat Rohr, die Aussage, die Klagenfurter wollen das Projekt, ist nicht richtig. Schauen Sie alleine wie viele Klagenfurter heute hier sitzen, die das Projekt nicht wollen. Es wird bewusst tot geschrieben, dass sich Klagenfurter dagegen wehren! Es werden auch von Seiten der Gemeinde in der Gemeindezeitung falsche Informationen ausgegeben, nämlich dass alles so super und so klar ist. Das heißt, dass die Klagenfurter Bevölkerung nicht ordentlich informiert wird und sich nur teilweise oder gar keine Meinung bilden kann. Alle, mit denen wir bis jetzt geredet haben, haben ohne Ausnahmen unterschrieben. Das Zweite ist, die Stadt Klagenfurt hatte ja ein Alternativprojekt in der Tasche. Warum greift man das nicht auf? Weiters hat sich auch die KELAG angeboten, ein Fernheizwerk zu errichten, wenn die Stadt kein Geld hat – Alternativen gibt es also genug!

WOCHE: Jetzt kommen wir zum letzten Themenschwerpunkt des heutigen Abends. Das Thema lautet: Konzepte für sichere Energieversorgung. Herr Landesrat Rohr, wenn Sie ein Konzept haben, dürfen Sie beginnen.

Rohr: Wir haben uns zur Energiefrage unter Einbindung aller Interessensgruppen und aller politischen Parteien Gedanken gemacht, wie das Zukunftsszenario der Energieversorgung in Kärnten ausschauen könnte. Hier ist eine der wesentlichen Zielsetzungen, unabhängig von den fossilen Energieträgern zu werden – da gehören natürlich auch Erdöl und Erdgas dazu. Nach Möglichkeit sollten die eigenen Ressourcen im Land optimal genutzt werden. Und noch einmal: Die Betreiber und die Politik in Klagenfurt haben sich darauf verständigt, ein Projekt einzureichen. Was am Ende bei diesem Projekt herauskommen wird, kann ich nicht sagen – das wird auch eine Aufgabe der Experten sein. Ich bin leider kein Mediziner. Auch wenn ich medizinische Gutachten lesen würde, könnte ich wahrscheinlich nicht erkennen, ob diese jetzt den Anforderungen und den Grenzwerten entsprechen, die erforderlich sind, um so etwas zu beurteilen. Deswegen gibt es Sachverständige und auch Möglichkeiten, Nachbesserungen zu machen, wenn Dinge unschlüssig sind. Eines möchte ich Ihnen sagen – Sie können mir vertrauen! Sie müssen mir nicht vertrauen, aber sie KÖNNEN mir vertrauen. Wir werden nicht locker über den Fall gehen und

selbstverständlich, wenn es erforderlich ist, auch entsprechende Alternativen andenken und skizzieren. Nur: Ich kann einen Antrag, der von einem Betreiber kommt, nicht ungeschehen machen und daher ist der Antrag einfach abzuarbeiten, wie er im Normalfall abzuarbeiten ist und zwar gründlich. Ich kann Ihnen sagen, dass alle relevanten Themenstellungen geprüft werden. Ich kann Ihnen versprechen, dass Gefährdungspotentiale der Bürger ernst genommen werden und dass in keinem Fall eine Genehmigung erfolgt, wenn derartige Gefährdungspotentiale auch nur annähernd erkennbar und nachweisbar sind. Ich kann Ihnen auch garantieren, dass ich den Dialog, den ich mit der Bürgerinitiative heute führe, selbstverständlich bereit bin, fortzuführen. Ich bitte aber auch zu respektieren, dass wir als Politiker Gesetze einzuhalten haben. Ich garantiere Ihnen, dass wir natürlich die vielen Sorgen der Bevölkerung, die mit diesem Projekt verbunden sind, ernst nehmen werden, dass wir aber auch die Chancen, die mit dem neuen Projekt verbunden sind entsprechend gewichten und werten werden.

WOCHE: Danke Herr Landesrat. Dann machen wir bitte die Abschlussrunde für diesen Block. Herr Bürgermeister Felsberger bitte.

Felsberger: Die Gemeinde Ebenthal begrüßt energiefreundliche Varianten, die in die Gemeinde passen. Viele Gemeindebürger nutzen zum Beispiel die Sonne und die Erdwärme. Weiters haben wir im Gewerbepark eine Biogasanlage, die noch keinen Abnehmer hat. Es wird hoffentlich demnächst passieren, wenn sich neue Betriebe Richtung Westen ansiedeln werden. Wir werden in den nächsten 14 Tagen am Radsberg die größte Photovoltaikanlage Kärntens eröffnen und ich muss sagen, dass wir in der Gemeinde solche Energieträger begrüßen. Die Gemeinde Ebenthal ist jederzeit bereit, über ein normgerechtes Fernheizwerk, das die Stadt Klagenfurt braucht, zu reden. Wir werden es auch fördern und forcieren, wo es nur geht, weil die Klagenfurter brauchen dieses neue Fernheizwerk. Wir wollen nicht, dass es die Klagenfurter kalt haben, aber eines wollen wir sicher nicht haben: das neue Kraftwerk in der jetzt gewollten Dimension. Dieses Kraftwerk ist schon morgen ad acta zu legen ist und ich hoffe, Sie unterstützen uns weiterhin!

WOCHE: Herr Holub bitte.

Holub: Warum sitzen wir eigentlich da? Wir sitzen da, weil das Klagenfurter Fernheizwerk 2007 zugesperrt hätte werden müssen. Jetzt gibt es aber seit ein paar Wochen eine neue gesetzliche Änderung, dass dieses Fernheizwerk weiter betrieben werden kann. Das heißt also, die „Drecksschleuder“ darf weiter bestehen, weil es Klagenfurt nicht geschafft hat, dieses Werk zu sanieren, wie es die gesetzliche Auflage gewesen wäre. Aber was wäre denn dabei, wenn wir dort z.B. einfach nur das Öl weg tun und das Gas dazu. Dann hätten wir die Fernwärme eigentlich schon erneuert, mit einem neuen Filter hätten wir auch fast ein Drittel weniger Feinstaub. Es gibt so viele Möglichkeiten, wenn man nur ein bisschen nachdenkt. Wir haben so viel Technologie in Kärnten selber, wo wir Energie erzeugen können, wir haben Windkraftexporteure nach Spanien, wir haben Sonnenkraftexporteure nach China. Wir können da ein paar zigtausend Arbeitsplätze schaffen, indem man nicht abhängig ist. Lassen wir uns alle zusammen ein bisschen gescheiter werden, nicht blöder!

WOCHE: Danke. Herr Schwager bitte.

Schwager: Der Sprecher der Bürgerinitiative hat die Frage gestellt, wieso so etwas Unpopuläres überhaupt gemacht wird. Steckt Geld dahinter? Warum wird es bis zur letzten Konsequenz durchgeführt? Ich befürchte, dass da mehr dahinter steckt. Die Verbundgesellschaft will sich Kärnten unter den Nagel reißen, nicht nur Klagenfurt. Es gibt ja Bestrebungen, die KELAG gehöre zu 35% dem Verbund und beim letzten Abverkauf von Anteilen an die RPE hat das Land dann wieder 49% von den verbleibenden 100% und 51% das Land Kärnten. Und der Landeshauptmann will jetzt haben, dass die RWE diese 49% auch an den Verbund verkauft, so dass der Verbund der Kärntner Energie, was die KELAG betrifft, auf über 60% kommen würde und dann die Energiegeschichte in Klagenfurt eigentlich komplett in der Hand hätte. Und dann hat der Herr Gemeinderat Recht, dann hätten wir von der Landespolitik wirklich nichts mehr zu reden. Und so weit darf es nicht kommen! Und da sind wir dagegen, weil wir sollten in unserem Land mit unserer eigenen Energie und mit unserer eigenen Politik arbeiten. Wir werden auf die Klagenfurter Stadtväter einwirken, dass sie etwas Brauchbares anstreben und nicht so ein Megagasdampfkraftwerk – das darf es nicht geben. Da sind wir dagegen und da halten wir zusammen und das lassen wir einfach nicht geschehen. Gesetze hin und Gesetze her, es kann kein Gesetz in Österreich geben, wo Bürgern etwas aufs Auge gedrückt wird, was sie nicht haben

wollen!

WOCHE: Danke Herr Schwager. Herr Freunschlag bitte.

Freunschlag: Der Herr Landesrat Rohr möchte die erneuerbare Energie der Zukunft forcieren, d.h. wir haben uns ja bereits entschieden, was wir wollen und deshalb meine ich, wäre es nicht so schwierig, in der Stadtgemeinde einmal eine Mehrheit herbeizuführen, die nicht für dieses Megakraftwerk ist. Das wäre auch eure Aufgabe: wenn die SPÖ, die BZÖ und die Grünen nicht mitstimmen, dann hat der Herr Scheucher keine Mehrheit mehr, dann könnten wir zu etwas Sinnvollem kommen! Ich möchte zusammenfassen: Die Sanierung des Fernheizkraftwerkes ist außer Zweifel, wir wollen kein Megastromkraftwerk, das andere Interessen vertritt. Wir wollen eine Kombination, ein überschaubares, umweltfreundliches Kraftwerk mit Biomasse. Ich habe mir die Zahlen sogar ausgerechnet: Wir haben eine höhere Wertschöpfung im Land und eine Sicherheit in der Versorgung. Wir können also die Nebeltage und den CO₂-Ausstoß heruntersetzen. Wir haben sicher auch mehr Arbeitsplätze in Kärnten, wenn wir die Biomasse und die erneuerbare Energie fördern und – wir sind nicht abhängig. Und das ist für mich heute eigentlich der wesentlichste Bereich. Die Abhängigkeit, in die wir uns begeben haben mit der Fossilenergie, da lachen sich alle ins Fäustchen – vom Putin bis zum Scheich von Arabien. Wir haben uns ausgeliefert. Deshalb sollten wir uns abkoppeln und einen vernünftigen, nachhaltigen Weg gehen. Ich bitte alle, uns dabei zu unterstützen und ich biete dem Herrn Landesrat Rohr noch einmal meine Mitarbeit an.

WOCHE: Vielen Dank Herr Landtagspräsident. Herr Tschabuschnig bitte.

Tschabuschnig: Ich darf noch abschließend sagen, dass die Sachverständigen des Landes in das Projekt weitergeführt werden und dieses objektiv beurteilen werden. Wir werden also alle Einwendungen, die von Ihnen kommen, im UVP-Verfahren berücksichtigen. Es ist möglich, dass Bürgerinitiativen und Einzelgruppen Einwendungen vorbringen können. Es werden alle also alle Fragen im Verfahren beantwortet werden. Das ist ein transparentes Verfahren.

WOCHE: Das Thema lautet „Konzepte für sichere Energieversorgung“. Herr Dr. List bitte.

List: Ein Satz, der mir wirklich zu denken gegeben hat: Ich war Mitte August drei Tage lang auf Urlaub in einem Pörschacher Hotel und wurde auf die GDK-Diskussion angesprochen. Ich habe gesagt, dass ich dazu jetzt nicht viel sagen kann. Die Leute aber haben zu mir gesagt: Wir haben doch ganz andere Probleme als dieses Gaskraftwerk in Klagenfurt an der Grenze zu Ebenthal. Wir haben jetzt zwei Monate Saison – Juli- und August – und dann müssen alle Hotels wieder zusperren. Warum denkt die Landesregierung nicht über Konzepte in diese Richtung nach, wie zum Beispiel die Errichtung von Thermen. In der Steiermark gibt es hervorragende Beispiele dazu. In 2000 Meter Erde gibt es Energie zum Schweinefüttern! Sie müssen die Energie nur raufholen! Ich würde sagen -- ohne Energieexperte zu sein –, dass man es sich wirklich überlegen sollte, mit Erdwärme zu arbeiten. Da ist so viel Energie unten und es wird oben niemand in seiner Gesundheit gefährdet. Abgesehen davon ist es ganz wichtig, nicht erpressbar zu sein. Die österreichische Energiepolitik sollte nicht erpressbar sein!

WOCHE: Herr Doktor Oberfeld bitte.

Oberfeld: Als Mediziner brauche ich nicht viel dazu sagen. Ein Aspekt ist mir vielleicht noch wesentlich, wenn es um die sichere Energieversorgung geht: Wir sollten uns wirklich vermehrt den heimischen Energie-Ressourcen widmen und dabei auch versuchen, bestehende Kesselanlagen zu optimieren. Ich kann nicht beurteilen, inwieweit Kärnten auf einem guten Weg ist, das steht mir auch nicht zu, aber ich denke, dass die Energiediskussion uns ohnehin jeden Tag und jedes Jahr vermehrt vor Augen geführt wird. Wenn wir uns einfach die Preise anschauen, die hinaufklettern, wissen wir, wie sich alles weiter entwickelt – das kann sich jeder selbst ausmalen.

WOCHE: Herr Dr. Mursch-Radlgruber bitte.

Mursch-Radlgruber: Zur Energieversorgung muss ich als Meteorologe nicht viel sagen. Um es noch einmal zu betonen: Das Klagenfurter Becken ist kein geeigneter Raum, das wissen wir alle. Man sollte das aber auch bei den alternativen Energiesystemen bedenken. Wenn das Biomasse-System nicht zu groß wird, dann ist es wahrscheinlich auch in einem Raum wie dem Klagenfurter Becken kein großes Problem. Wenn es so groß wird wie die geplante Anlage, dann muss man die Grundlagen entsprechend aufbereiten und die Situation diskutieren, bevor man Entscheidungen